

## Haushaltsrede

### zur Einbringung des Entwurfs für den Haushaltsplan 2025

in der Sitzung des Gemeinderates am 16. Januar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

wir legen Ihnen heute den Entwurf für den **Haushaltsplan 2025** vor.

Eine ausführliche Beratung sowie die Beschlussfassung soll wie gewohnt erst in der nächsten Gemeinderatssitzung am 30. Januar 2025 stattfinden. Der Haushalt sollte bis Ende Januar beschlossen werden, da ein Antrag aus dem Ausgleichsstock für die Sanierung der Gartenstraße gestellt werden soll. Dies ist nur bis 31. Januar 2025 möglich.

Der Haushaltsplan 2025 ist nun der siebte doppelte Plan. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist leider noch nicht möglich, da die Abschlüsse aus den Vorjahren noch ausstehen. Zwischenzeitlich konnte jedoch die Eröffnungsbilanz 2019 erstellt werden, sodass die Abschlüsse daraus abgeleitet werden können. Wir werden die Abschlüsse baldmöglichst erarbeiten und in den Gemeinderat einbringen.

Die Finanzlage der rund 11.000 deutschen Städte und Gemeinden in Deutschland hat sich im Jahr 2023 deutlich eingetrübt. Die kommunalen Haushalte hätten insgesamt ein Finanzierungsdefizit in Höhe von sieben Milliarden Euro verzeichnet, heißt es in der Antwort der Bundesregierung ([20/14003](#)) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion ([20/12712](#)). Auch im Jahr 2024 und in den kommenden Jahren sei mit Finanzierungsdefiziten der Kommunen zu rechnen. 2022 hatten die deutschen Städte und Gemeinden mit 2,6 Milliarden Euro noch einen Überschuss erzielt. 2021 hatte der Überschuss 3,4 Milliarden Euro betragen. Das macht es für die Kommunen immer schwerer, ihre Haushalte finanziert zu bekommen. Schon die letzten Haushaltsjahre waren von den Auswirkungen von Corona und dem schrecklichen Angriffskrieg von Russland in der Ukraine geprägt. Dies führte z.B. dazu, dass wir 2023 in Bad Ditzgenbach rund eine halbe Million Euro weniger Gewerbesteuer eingenommen haben.

Die Krisen sind vielfältig. Die Wirtschaft schwächelt, die Arbeitslosigkeit steigt, der konjunkturelle Aufschwung lässt auf sich warten und die Regierungskoalition auf Bundesebene ist gescheitert.

Gleichzeitig werden aber immer mehr Aufgaben vom Bund und Land auf die Kommunen abgewälzt, ohne für einen adäquaten finanziellen Ausgleich zu sorgen. Als Beispiele nenne ich hier einmal weiterhin die

Flüchtlingssituation oder den Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung ab 2026.

Die Unterbringung von Flüchtlingen stellt auch die Gemeinde Bad Ditzenbach vor große Herausforderungen, sei es finanziell oder personell. Bedauerlicherweise werden die Kommunen dazu noch nicht ausreichend von der Politik unterstützt. Zwischenzeitlich ist die Gemeinde vermutlich größter Mieter am Ort. Eigentlich bräuchten wir mindestens eine Vollzeitkraft, um die vielfältigen Aufgaben der Flüchtlingsbetreuung bewältigen zu können. Finanziert wird vom Bund oder Land bisher außer den Integrationsmanagern wenig an die Kommunen. Ohne die großartige Unterstützung vom Freundeskreis Asyl könnte die Aufgabe nicht bewältigt werden. Deshalb ein besonderer Dank an den Freundeskreis.

Übergeordnete Behörden, wie z.B. das Landratsamt Göppingen nehmen uns immer mehr Geld wieder ab. Die Kreisumlage wird sich 2025 drastisch von 32,5 v.H. für 2024 auf 35,4 v.H. erhöhen. Dies hat zur Folge, dass wir in diesem Jahr eine Kreisumlage von über 2,1 Mio. Euro (1.925.500 Euro im Vorjahr) bezahlen müssen. Das sind fast 20 Prozent unserer Einnahmen. Damit könnten mehrere Straßen gerichtet werden.

Zum Haushaltsausgleich mussten wir deshalb leider den Hebesatz für die Grundsteuer B gleich belassen und konnten ihn nicht wie gewünscht senken. Eigentlich hätten wir zum Ausgleich des Haushalts den Hebesatz sogar anheben müssen. Das wäre aber für die Bürgerinnen und Bürger nicht zumutbar gewesen.

Leider gelingt es wieder nicht die jährlichen Abschreibungen, die zwischenzeitlich für unsere Infrastruktur bei 751.000 Euro liegen, zu erwirtschaften. Auch nicht in den Folgejahren. Somit sind wir nicht in der Lage unseren Bestand zu erhalten.

Zu der mangelnden finanziellen Unterstützung der Kommunen kommen immer mehr Auflagen und Einschränkungen dazu, so dass Entwicklungen für Kommunen und Unternehmen immer schwieriger werden. Unternehmen können sich am Firmensitz nicht mehr weiterentwickeln, da Kommunen keine Flächen mehr anbieten dürfen, deshalb wandern sie ins Ausland ab, mit fatalen Folgen für die Zukunft.

Bei der Digitalisierung und beim Breitbandausbau hinken wir in Deutschland hinterher, weil wir abhängig sind von Telekommunikationsunternehmen.

Die Rahmenbedingungen werden in Deutschland immer schwieriger. Es

muss sich Gravierendes in der Politik ändern, damit es uns in den nächsten Jahren noch einigermaßen gut geht.

Als Gemeinde können wir froh sein, dass wir die letzten beiden großen Projekte mit der Sanierung der Hiltenburgschule und dem Kindergartenneubau in den vergangenen Jahren abgeschlossen haben. Wenn wir diese großen Projekte erst jetzt angehen würden, müssten wir mit erheblich höheren Kosten rechnen.

Der Gemeinderat hat diesbezüglich zur richtigen Zeit die notwendigen und richtigen Entscheidungen getroffen.

Mit dem 6-gruppigen Kindergartenneubau haben wir für viele Jahrzehnte gute Rahmenbedingungen für hervorragende Kinderbetreuung in unserer Gemeinde geschaffen und zeichnen uns als familienfreundliche Gemeinde aus. Durch die befristete Erweiterung beim kirchlichen Kindergarten in Gosbach um eine weitere Gruppe, verfügen wir für die nächsten Jahre ausreichende Betreuungsplätze in der Gesamtgemeinde. Im laufenden Jahr soll geklärt werden, ob ein Anbau beim katholischen Kindergarten umgesetzt werden soll und kann.

Auch mit der Sanierung der Hiltenburgschule haben wir sehr gute Rahmenbedingungen für einen zeitgemäßen Unterricht im Rahmen der Digitalisierung erreicht. Als neue Hausaufgabe steht die Vorbereitung auf den Rechtsanspruch der Ganztagesbetreuung ab 2026 an. Wobei wir auch dafür schon gute Voraussetzungen geschaffen haben, in dem der alte Mühlenkindergarten räumlich dafür genutzt werden kann.

Wir wollen aber trotz Krisen den Kopf nicht in den Sand stecken, sondern die Gemeinde Bad Ditzenbach weiterentwickeln und damit einen kleinen konjunkturellen Beitrag leisten. Es gibt aber auch sonst Lichtblicke, z.B. den Planfeststellungsbeschluss zum Ende des vergangenen Jahres zum Ausbau der A8.

Positiv werte ich auch die Änderung der Vergabevorschriften, dass die Wertgrenzen angehoben wurden und dadurch Vergaben einfacher möglich sind. Auch die Novellierung der Landesbauordnung wird hoffentlich zu einem kleinen Aufschwung in der Baubranche führen.

Auch in diesem Jahr soll es keinen Stillstand in der Gemeinde geben, sondern mit dem Gemeinderat soll die Gemeinde positiv weiterentwickelt werden.

Dies bestätigt das Investitionsvolumen von rund 1,86 Mio. € nur im Kernhaushalt in 2025. Mit den Investitionen wird die Gemeinde für die nächsten Jahre zukunftsfähig aufgestellt.

Damit zukünftig wieder die Möglichkeit besteht, in Bad Ditzenbach bauen und wohnen zu können, wird der Gemeinderat darüber beraten, ob ein neues Baugebiet geplant werden soll.

Die Gemeinde ist in den letzten Jahren erfreulicherweise gewachsen. Wir hatten Ende 2024 3.903 Einwohner (2013 waren es 3.580 Einwohner). Also ein Zuwachs von rund 320 Einwohnern mit fast 10 Prozent. Leider nimmt uns der aktuelle Zensus wieder einige Einwohner weg. Für einen zukünftigen sanften Wachstum wollen wir uns weiterhin einsetzen und auch die Schaffung von neuem Mietwohnraum unterstützen. Ein Schwerpunkt soll bei der Weiterentwicklung in der Gemeinde auf die Schaffung von Wohnraum sowie auf die Innenverdichtung gelegt werden. Mehr Einwohner stärkt den Einzelhandel sowie die Gastronomie.

Die ordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt liegen für 2025 bei rund 12,227 Mio. Euro (Vorjahr 11,135 Mio. Euro).

Eine erhebliche Steigerung haben wir bei den Personalausgaben und den Unterhaltungsmaßnahmen bei den kommunalen Gebäuden.

Bei den Personalkosten gab es 2023 und 2024 erhebliche Tarifierhöhungen. Um die gestiegenen Verbraucherpreise in den Jahren 2023 und 2024 abzumildern (2023: 5,9% und 2024: voraussichtlich 2,2%) erhielten alle Tarifbeschäftigten eine einmalige steuer- und sozialversicherungsfreie **Inflationsprämie** von insgesamt **3.000 €**.

Die Beschäftigten, die unter den Tarif Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) fallen (pädagogisches Personal), erhalten seit 1.7.2022 eine **monatliche Zulage i.H.v. 130 €** sowie 2 Regenerationstage pro Jahr.

Im Jahr 2024 gab es eine Tarifierhöhung für alle Beschäftigten: Ab 1. März 2024 wurden die Tabellenentgelte **um 200 € erhöht und anschließend um 5,5%**.

Die Entgelte für Azubis und Praktikanten erhöhten sich um 150 €. Die dynamischen tariflichen Zulagen erhöhen sich um 11,5%.

Im Schnitt war das eine Lohnerhöhung (ohne die Inflationsprämie) **mit 11,5% !**

Zudem wurde die Stufenzuordnung im Tarif SuE zum 1.10.2024 an die Stufenzuordnung der übrigen Beschäftigten angepasst. Damit verringert sich die Stufenlaufzeit und die Beschäftigten gelangen schneller in Stufe 3 und erhalten damit ein höheres Tabellenentgelt.

Für das Jahr 2025 fordern die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung um **8%** ! Wie das alles noch finanziert werden soll, ist mir ein Rätsel!

Die Kreisumlage beträgt wie gesagt rund 2,1 Mio. Euro und entzieht unserem Haushalt rund 20 % für eigene Möglichkeiten. In den Jahren 2026, 2027 und 2028 wird sie weiterhin drastisch ansteigen, sodass sie bei 2,8 Mio. Euro landen soll. Woher soll dieses Geld kommen?

Die ordentlichen Erträge für 2025 liegen bei rund 11,266 Mio. Euro (Vorjahr 10,518 Mio. Euro). Somit erhalten wir wieder ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von rund 961.000 Euro.

Wie setzen sich die Erträge und Aufwendungen im Wesentlichen im Ergebnishaushalt zusammen?

Wir rechnen im Jahr 2025 mit einem Rückgang bei der **Gewerbsteuer** von 80.000 Euro und deshalb mit 2.770.000 Euro. Die Gewerbsteuer ist trotzdem weiterhin eine der wichtigsten Einnahmequellen und zeigt, dass sich Investitionen in die Erschließung von Gewerbegebieten lohnen. Deshalb war es auch eine wichtige und richtige Entscheidung des Gemeinderates, sich am interkommunalen Gewerbegebiet in Merklingen zu beteiligen. Das interkommunale Gewerbegebiet in Türkheim entwickelt sich auch positiv. Wie wir es heute noch auf der Tagesordnung haben, soll das Gewerbegebiet in Türkheim erweitert werden. Wir bedanken uns ausdrücklich bei den Gewerbetreibenden in unserer Gemeinde für ihr großes Engagement und dafür, dass sie in unserer Gemeinde investieren.

Beim **Anteil an der Einkommensteuer** rechnen wir mit 2,820 Mio. Euro (Vorjahr 2,707 Mio. Euro). Bei der **Grundsteuer B** gehen wir von 732.200 Euro (Vorjahr 594.400 Euro) aus. Die Mehreinnahmen bei der Grundsteuer B reichen nicht einmal aus, um die erhöhte Kreisumlage abzudecken.

Die **Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich** betragen 2025 1.942.200 Euro (2024 1.647.700 Euro). Die Schlüsselzuweisungen richten sich nach den Steuereinnahmen des Vorjahres.

Die **Finanzausgleichsumlage** beträgt 2025 rund 1,336 Mio. Euro (Vorjahr 1,366 Mio. Euro).

Die **Gewerbsteuerumlage** reduziert sich auf 243.000 Euro (Vorjahr 253.000 Euro).

Die **Kreisumlage** erhöht sich auf 2.101.700 Euro (Vorjahr 1.925.500 Euro).

Über ein Viertel (rund 28 %) unserer Aufwendungen im Ergebnishaushalt investieren wir wieder in unsere Kinder in der Gemeinde. D.h. für die drei Kindergärten, die beiden Grundschulen, die Betreuung von Kindern vor und nach dem Unterricht sowie in den Schulferien, die Umlagezahlungen an den Schulverband Oberes Filstal, für die Schülerbeförderung, eine Familienbesucherin und was sonst noch so alles dazugehört.

Für die **Bildung und Betreuung** unserer Kinder werden wir im Haushaltsjahr 2025 insgesamt rund 3,4 Mio. Euro (2024 2,9 Mio. Euro) aufwenden. Das ist nochmals eine Steigerung zum Vorjahr um 500.000 Euro überwiegend bei den Personalkosten. Demgegenüber stehen Gebühreneinnahmen, Landeszuschüsse und Zahlungen von Nachbargemeinden mit insgesamt 965.700 Euro (Vorjahr 984.200 Euro), so dass der von der Gemeinde für diese Aufgaben zu erbringende Eigenanteil bei rund 2,47 Mio. Euro (Vorjahr 1,92 Mio. Euro) liegt.

Dies zeigt weiterhin den hohen Stellenwert, den die Kinder in unserer Gemeinde haben. Wir investieren damit in unsere Zukunft und deshalb sind die Gelder gut und sinnvoll verwendet. Wir wollen weiterhin eine familienfreundliche Gemeinde sein und auch wie bisher eine hohe Qualität bieten. Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in diesem Bereich tätig sind, für ihre sehr gute Arbeit bedanken.

Ein weiterer Schwerpunkt bilden **der Tourismus und die Wirtschaftsförderung**. Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unsere Gemeinde. Deshalb planen wir für die **Tourismusförderung** für das Jahr 2025 Aufwendungen mit 404.700 Euro (Vorjahr 324.900 Euro) und Erträge mit 64.900 Euro (Vorjahr 95.160 Euro) ein.

Damit unterstützen wir nicht nur Betriebe, die sich direkt im Tourismus, in der Gastronomie und in der Beherbergung von Gästen betätigen. Sondern davon profitieren auch Handwerker und Dienstleistungsbetriebe sowie die Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde, durch die touristische Infrastruktur, kulturellen Veranstaltungen und vieles mehr.

Im Tourismus steckt noch viel Potenzial, welches es gilt weiter aus zuschöpfen. Durch unsere herrliche Landschaft im Oberen Filstal verfügen wir über beste Rahmenbedingungen dafür. Deshalb möchte ich mich besonders bei den Mitgliedern vom Tourismusbeirat sowie den Mitarbeiterinnen vom Tourismusbüro für ihr Engagement im vergangenen Jahr ganz

herzlich danken. Wir sind aktuell dabei, unser Tourismuskonzept mit dem Tourismusbeirat weiterzuentwickeln.

Insbesondere der Fital-Park als Mehrgenerationenpark ist ein zukunftsweisendes Projekt für die Gemeinde. Er bildet die Grundlage für einen Treffpunkt für jung und alt. Dies hat die Region Stuttgart überzeugt, so dass der Verband einen Zuschuss in Höhe von 84.000 Euro bewilligt hat. Als vorbildhaft ist auch die Zusammenarbeit mit dem Kräuterhaus Sanct Bernhard. Dies ist ein Leuchtturm über unsere Region hinaus, wenn die Kommune und ein ortsansässiges Unternehmen gemeinsam ein solches Projekt umsetzen und sich das Unternehmen an den hälftig verbleibenden Kosten beteiligt.

Wir halten in allen 3 Ortsteilen auch viele **öffentlichen Einrichtungen und Gebäude**, sowie **Straßen und Feldwege** vor. Unsere Infrastruktur kann sich durchaus sehen lassen und macht uns auch als Wohnge-  
meinde attraktiv.

Ein wichtiger Bestandteil für die Unterhaltung der Infrastruktur ist unser Bauhof. Die Mitarbeiter leisten mit ihrem Einsatz einen wesentlichen Beitrag zum positiven Erscheinungsbild unserer Gemeinde. Ich kann es bestätigen, dass wir engagierte Mitarbeiter im Bauhof haben. Dafür möchte ich ihnen auch meinen Dank aussprechen. Die Personalaufwendungen für den Bauhof betragen in 2025 684.000 Euro (Vorjahr 621.400 Euro).

Eine weitere wichtige Dienstleistung für unsere Bürgerinnen und Bürger ist das Rathaus mit dem Bürgerbüro, die Haupt- und Finanzverwaltung, das Bau- und Ordnungsamt, der Gemeinderat und Bürgermeister, usw. Ein quantitativ und qualitativ guter Verwaltungsbetrieb ist wichtige Basis, für einen guten Bürgerservice, was für uns einen hohen Stellenwert hat. Die Gemeinde Bad Ditzgenbach hat hierfür eine ganz hervorragende Kernverwaltung mit sehr guten, erfahrenen und stets engagierten und motivierten Mitarbeiterinnen, die sich dem Tagesgeschäft auf dem Rathaus widmen und sich auch darüber hinaus einbringen. Dafür bedanke ich mich auch bei meinen Mitarbeiterinnen.

Wir wollen aber auch die Dienstleistung weiterentwickeln und noch mehr digitalisieren, z.B. mit der Einführung der E-Akte.

Die **Zinsausgaben** liegen bei circa 154.000 Euro (Vorjahr 75.700 Euro) für die bestehenden Darlehen.

Zu den **vorgesehenen größeren Projekten im Investitionsprogramm** in diesem Jahr gehören:

- Sanierung der Gartenstraße (680.000 Euro)
- Fital-Park (165.000 Euro)
- Feuerwehr / Feuerwehrmagazin Bad Ditzzenbach:
  - Austausch Heizung  $\frac{1}{2}$  (125.000 Euro)
  - Errichtung PV-Anlage (50.000 Euro)
  - mobile Hochwasserbarriere (40.000 Euro)
  - Austausch Fenster (20.000 Euro)
  - mobiles Notstromaggregat (10.000 Euro)
  - Sanierung Damentoilette (5.000 Euro)
  - Fenster streichen (4.000 Euro)
  - Absauganlage Fahrzeughalle (2.000 Euro)
  - Diverses (7.000 Euro)
- Haus des Gastes:
  - Austausch Heizung  $\frac{1}{2}$  (125.000 Euro)
  - Cafe Esszimmer Lüftungsanlage (18.000 Euro)
  - Fenster streichen (15.000 Euro)
- Straßenunterhaltungsmaßnahmen (95.000 Euro)
- Hochwasserschutzmaßnahmen (80.000 Euro)
- Verlässliche Grundschule Bad Ditzzenbach
  - Abdichtung Dach (100.000 Euro)
  - Umbau Küche (11.000 Euro)
- Ulrich-Schiegg-Schule
  - Eingangstüre Keller (8.000 Euro)
  - Fenster streichen (10.000 Euro)
  - Dach abdichten (10.000 Euro)
  - Digitale Tafel, Laptop (13.500 Euro)
- Übernahme Opel Combo für den Hausmeister (14.400 Euro)
- Kindergarten Bad Ditzzenbach – Sonnenschutz Außenbereich (10.000 Euro)
- Kindergarten Auendorf
  - Erstellung Sanierungskonzept (20.000 Euro)
  - Fertigstellung Umbau 1. OG (10.000 Euro)
  - Garderobe und sonstige Möbel (11.200 Euro)
- Kindergarten Gosbach – Planungskosten (20.000 Euro)
- Breitbandausbau
  - In der Au – Eigenanteil der Gemeinde (18.500 Euro)
  - Leerrohre Gartenstraße (80.400 Euro)
- Diverses für den Bauhof (28.000 Euro)
- Wettenbach-Süd – Planungskosten Brücke (20.000 Euro)
- Digitale Zeiterfassung Rathaus (15.000 Euro)
- Friedhöfe

– Urnenwände (14.000 Euro)

Wir sind außerdem dabei die kommunale Wärmeplanung umzusetzen, bis Ende des Jahres soll die Planung stehen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz neben der Sanierung der kommunalen Gebäude und dem damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien, z.B. mit Photovoltaik auf den kommunalen Dächern.

Alles in allem setzen wir 2025 wieder etliche kleinere, mittlere und größere Projekte mit einem Gesamtvolumen von rund **1,86 Mio. Euro** um. Wir investieren also wieder in gewohnter Weise in die öffentliche Infrastruktur in allen drei Ortsteilen der Gemeinde, um sie weiter zu verbessern. Es wird nach den Vorstellungen der Verwaltung auch in diesem Jahr keinen Stillstand bei der Weiterentwicklung der Gemeinde geben.

In der **Finanzplanung** ist eine Kostenbeteiligung für das neue Geislinger Gymnasium nicht enthalten, da nach den neuesten Informationen die Schulbauförderung des Landes angehoben wurde, um solche Kostenbeteiligungen auszuschließen. Für das Projekt Brücke „Wettenbach-Süd“ wurden 2026 400.000 Euro berücksichtigt und für die Sanierung des Kindergartens in Auendorf in 2026 200.000 Euro und 2027 300.000 Euro. Für die freiwillige Feuerwehr wurde eine Verpflichtungsermächtigung in 2026 in Höhe von 250.000 Euro für ein notwendiges Logistikfahrzeug eingeplant. Dies wird gesondert im Gemeinderat noch behandelt. Es wird davon ausgegangen, dass das Fahrzeug nach Genehmigung im Gemeinderat und nach Zuschussantragsstellung bestellt werden kann und vermutlich erst 2026 geliefert wird.

Sonstige Investitionen in den Folgejahren sind von verschiedenen Rahmenbedingungen abhängig, wie z.B. die Entwicklung der Kreisumlage. Dringende Sanierungsbedarfe bestehen weiterhin bei den Straßen und kommunalen Gebäuden. Deshalb soll dies zukünftig auch ein Schwerpunkt bei den größeren Projekten sein. Hier versuchen wir Synergieeffekte zu erzielen, z.B. mit der Verknüpfung von Maßnahmen der Breitbandversorgung, Stromkabelverlegungen oder Kanalsanierungen.

Durch die intensive Investitionstätigkeit in den zurückliegenden Jahren haben wir im Kernhaushalt deshalb einen relativ hohen **Schuldenstand**.

Zum Beginn des Jahres 2025 stehen wir bei 6.075.607 Euro (Vorjahr 6.438.223 Euro) im Kernhaushalt. Für das Haushaltsjahr 2025 wird im

Kernhaushalt ein Darlehen in Höhe von 680.000 Euro für die Sanierung der Gartenstraße geplant. Die Tilgungen betragen ca. 230.900 Euro.

Der Schuldenstand beträgt zum 31.12.2025 dann voraussichtlich rund 6.519.829 Mio. Euro. Das entspricht dann einem Betrag von rund **1.685,15 Euro/Einwohner (Vorjahr 1.608,71 Euro/Einwohner)**.

Die Schulden können durch **Erlöse aus Vermögen**, wie zum Beispiel mit dem Verkauf von Bauplätzen und sonstigen Grundstücken reduziert werden. Deshalb soll geprüft werden, ob ein weiteres Baugebiet erschlossen werden kann.

Auf diese Weise kann schließlich auch die Einwohnerzahl in der Gemeinde stabilisiert oder sogar erhöht werden, was sich wiederum über die entsprechenden Finanzausweisungen positiv auf den Ergebnishaushalt auswirkt.

Und zuletzt zu den Eigenbetrieben:

Im Wirtschaftsplan für den **Eigenbetrieb „Wasserversorgung“** sind im Erfolgsplan die Aufwendungen und Erträge für den laufenden Betrieb unserer vier Hochbehälter und des gesamten Wasserleitungsnetzes in den drei Ortsteilen unserer Gemeinde veranschlagt.

Die vom Gemeinderat festgelegten **Wassergebühren** bleiben trotz der umfangreichen Investitionen für das Wirtschaftsjahr 2025 bei **2,51 Euro/cbm**, müssen aber für 2026 neu kalkuliert werden, da sie nicht ausreichen, um die Aufwendungen abzudecken.

Die Erträge im **Erfolgsplan** liegen voraussichtlich bei **540.300 Euro**. und die Aufwendungen bei **708.100 Euro**.

Das ordentliche Ergebnis beträgt -167.800 Euro. Es gibt einen negativen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von -58.100 Euro.

Bei den Investitionen planen wir im Jahr 2025 weitere erhebliche Maßnahmen, z.B. die Sanierung der Zu- und Entnahmeleitungen zum Hochbehälter Nussheckle mit 120.000 Euro sowie ein weiteres Löschwasserbecken in Gosbach mit 140.000 Euro und in Auendorf mit 135.000 Euro.

Außerdem soll eine Notstromversorgung installiert werden mit Kosten von insgesamt 100.000 Euro.

Für die Sanierung der Gartenstraße sind 175.000 Euro eingeplant.

In der Haushaltsplanung ist der Ausbau des Hochbehälters Gänsäcker in Gosbach mit Planungsleistungen in Höhe von 125.000 Euro aufgenommen. Sobald der Planfeststellungsbeschluss rechtskräftig geworden ist, ist die Gemeinde verpflichtet in die Planung einzusteigen und die Maßnahme umzusetzen.

Die Investitionen sind nur durch einen Kredit zu finanzieren, da kein positiver Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts erwirtschaftet werden kann. Es ist daher eine Kreditaufnahme mit 900.000 Euro eingeplant.

Nach Abzug der Tilgungen wird sich ein **Schuldenstand** in der Wasserversorgung am Jahresende von ca. **1,94 Mio. Euro** ergeben. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt dann voraussichtlich 502,16 Euro (Vorjahr 303,40 Euro) je Einwohner.

Im Ergebnishaushalt für den **Eigenbetrieb „Abwasserbeseitigung“** sind im **Erfolgsplan** die laufenden Aufwendungen und Erträge für die gesamte Kanalisation in den drei Ortsteilen, für den Betrieb der sechs Regenüberlaufbecken und für unseren Anteil am Klärwerk in Deggingen enthalten.

Hierzu hat der Gemeinderat zuletzt die gesplitteten Abwassergebühren für das Wirtschaftsjahr 2023 festgelegt. Die Schmutzwassergebühr wurde ab 01.01.2013 auf **2,85 Euro/cbm** reduziert und die Niederschlagswassergebühr auf **0,60 €/qm** festgelegt.

Die Gesamtsumme der **Erträge** mit **874.500 Euro** reicht aus, um den laufenden **Aufwand** mit **833.600 Euro** bei der Abwasserbeseitigung zu finanzieren, das sind neben den Betriebskosten auch die Abschreibungen, die Zinsen für die Darlehen und die Umlage an den Abwasserverband.

Die Gebühren reichen aus, um den Wirtschaftsplan auszugleichen. Das ordentliche Ergebnis beträgt voraussichtlich 40.900 Euro. Der Zahlungsmittelüberschuss beläuft sich voraussichtlich auf 185.000 Euro.

Es sind im Wirtschaftsjahr 2025 Investitionen im Rahmen der Sanierung der Gartenstraße in Höhe 310.000 Euro eingeplant.

Für die Sanierungsmaßnahme ist eine Kreditaufnahme notwendig, da der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts nicht ausreicht, um die geplanten Investitionen zu erwirtschaften. Es ist daher eine Kreditaufnahme mit 175.000 Euro eingeplant.

Nach Abzug der Tilgungen in Höhe von bisher 189.342 Euro beträgt der **Schuldenstand** zum 31.12.2025 **2.499.573 Euro**. Dies entspricht einer

Pro-Kopf-Verschuldung von 646,05 Euro je Einwohner (Vorjahr 724,44 Euro je Einwohner).

Nun komme ich zum Schluss:

Im Haushaltsjahr 2025 ist die Gemeinde Bad Ditzenbach weiterhin nicht in der Lage im Ergebnishaushalt die Abschreibungen voll zu erwirtschaften. Zur Haushaltskonsolidierung wird deshalb ein globaler Minderaufwand von 1 % eingeplant. Demnach kann im Ergebnishaushalt eine pauschale Kürzung von Aufwendungen bis zu einem Betrag von 1 Prozent der Summe der ordentlichen Aufwendungen veranschlagt werden. Der Begriff Globaler Minderaufwand bezeichnet eine Ausgabenkürzung im Haushalt, die global, also für den gesamten Haushaltsplan über alle Produkte hinweg, veranschlagt ist und sich nicht auf einen bestimmten Aufwand oder eine Investition bezieht. Es handelt sich um Einsparverpflichtungen, die im Rahmen der Ausführung des Haushaltsplans durch Aufwands- und Ausgabenenkungen (z.B. Wiederbesetzungssperren, keine Gewährung von Stufenlaufzeitverkürzungen, Auftragsverschiebungen, etc.) auszugleichen sind.

Im Finanzplanungszeitraum zeigt sich durch die weitere Erhöhung der Kreisumlage in den folgenden Jahren weiter ein negatives Ergebnis. Die Gemeinde Bad Ditzenbach steht damit als Kommune nicht alleine da. Es ist deshalb dringender Handlungsbedarf von Bund und Land gefragt. Die Kommunen müssen besser unterstützt werden, sonst sind sie nicht mehr handlungsfähig und können ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen.

Die Gemeinde wird weiterhin nicht stagnieren, sondern sich durch weitere Investitionen positiv weiterentwickeln.

Der Gemeinderat und die Verwaltung sind aber weiterhin verpflichtet auf eine sparsame Bewirtschaftung hinzuwirken.

Einnahmesteigerungen bei gegebenen Pflichtausgaben bzw. die Überprüfung freiwilliger Ausgaben werden dabei weiterhin im Fokus stehen. Die Umsetzung von erneuerbarer Energien, z.B. durch Windkraft kann eine Möglichkeit für die Zukunft sein, die Einnahmenseite zu verbessern. Der Einsatz von Photovoltaik auf dem Dach vom Kindergartenneubau sowie der Hiltenburgschule bringt jetzt schon Einsparungen bei den Energiekosten. Eine Ausweitung von freiwilligen Aufgaben sollte nur in begründeten Fällen und bei konkreter Gegenfinanzierung erfolgen.

Wir bitten Sie, unseren **Haushaltsplanentwurf** sorgfältig zu prüfen, damit wir in der nächsten Sitzung am 30. Januar 2025 zu einer Beschlussfassung kommen und wir dann auf dieser Grundlage in das neue Haushaltsjahr starten können und den Ausgleichsstockantrag stellen können. Sollten Sie vorab Fragen haben, dürfen Sie gerne auf uns zukommen.

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bei Frau Annika Michel bedanken, die das umfangreiche Zahlenwerk sehr sorgfältig und gewissenhaft zusammengestellt hat